



## Antrag-Nr. VII-A-09544

Status: öffentlich

Eingereicht von:  
**Jugendparlament**

Stammbaum:  
VII-A-09544 Jugendparlament  
VII-A-09544-VSP-01 Dezernat Kultur

Betreff:  
**Ehre nur, wem Ehre gebührt! Kein Denkmal für Goerdeler.**

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):  
Gremium

Voraussichtlicher  
Sitzungstermin

Zuständigkeit

Ratsversammlung  
FA Kultur  
Jugendparlament  
Jugendbeirat  
FA Kultur  
Ratsversammlung

24.01.2024  
  
05.02.2024  
07.02.2024

Verweisung in die  
Gremien  
1. Lesung  
Vorberatung  
Vorberatung  
2. Lesung  
Beschlussfassung

## Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt den schnellstmöglichen Abbau des Goerdelerdenkmals vor dem Neuen Rathaus. Diese Maßnahme ist bis spätestens Ende 2024 umzusetzen. Dieser Maßnahme anschließend werden folgende Punkte beschlossen:

1. Im Zeitraum zwischen Beschluss und endgültigem Abbau des Denkmals ist in geeigneter öffentlichkeitswirksamer Form eine kritische Einordnung der Person Carl Friedrich Goerdeler und insbesondere seines Wirkens in Leipzig zwischen Januar 1933 und November 1936 an dem Denkmal zu erfolgen.
2. Die Stadt richtet zur Klärung der Frage, ob auf der Fläche des aktuellen Goerdelerdenkmals ein neues Denkmal entstehen soll, ein geeignetes Gremium ein.
  - a. Sollte dieses Gremium zu dem Entschluss kommen, ein neues Denkmal auf der Fläche des bisherigen Goerdelerdenkmals zu errichten, so ist auf folgende Punkte zu achten:
    - I. In den Prozess über Inhalt und Aussehen des neuen Denkmals sind die Opfergruppen des NS-Regimes wie z.B. Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle sowie politische Gegner des Regimes, besonders Sozialdemokrat\*innen und Kommunist\*innen einzubeziehen
    - II. In den Prozess über Inhalt und Aussehen des neuen Denkmals sind in besonderem Maße in geeigneter Form junge Menschen aus Leipzig einzubeziehen.
    - III. Das neu zu errichtende Denkmal soll einen möglichst großen tatsächlich antifaschistischen Bezug erhalten.
    - IV. Das neu zu errichtende Denkmal soll einen möglichst großen regionalen Bezug erhalten
    - V. Das neu zu errichtende Denkmal soll einen möglichst großen Bezug zu jungen Menschen in der Stadt Leipzig besitzen.
  - b. Sollte sich das Gremium gegen den Bau eines neuen Denkmals entscheiden, so ist festzulegen, für welche Zwecke die Fläche genutzt werden soll.
3. Eine mögliche Umbenennung des Goerdelerrings ist durch die Stadtverwaltung zu prüfen.

4. Die sofortige Abnahme des Bildes von Carl Friedrich Goerdeler im neuen Rathaus.

## **Sachverhalt**

### Hintergrundinformationen zu Goerdeler:

Die folgende Begründung erhebt an sich keinen Anspruch einer Wissenschaftlichkeit oder ähnlicher Gütesiegel, sie zählt lediglich Handlungen, Gedanken und Taten Goerdelers auf. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Wirken Goerdelers in Leipzig von 1930 bis 1936/37 sowie seiner antisemitischen Grundeinstellung und daraus erfolgten Handlungen.

### Hintergründe:

Zur Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) nur kurz: Die Partei deren Mitglied Goerdeler war, war eine nationalistische, antisemitische, antidemokratisch-kaiserlich-monarchistische Partei. Ab 1930 gab es unter ihr mit der sogenannten Baum-Frick Regierung in Thüringen die erste Regierungsbeteiligung der NSDAP in Deutschland.

### Goerdeler in Leipzig:

Schon bei seiner Wahl 1930 beanspruchte die NSDAP-Fraktion diese als ihren Verdienst. Goerdeler war darüber hinaus gewiss nie ein Demokrat. Bereits vor der Machtübernahme Hitlers entdemokratisierte Goerdeler die Stadtverwaltung und gestaltete diese unter dem Deckmantel der Verschlankung und Effektivierung deutlich autoritärer. (vgl. Chronik, S. 129)

### Nach der Machtübernahme Hitlers:

Als einer von lediglich vier Oberbürgermeistern im gesamten Reich durfte Goerdeler nach der Machtübernahme im Amt bleiben, sein Ausscheiden galt Hitler als propagandistisch unerwünscht, Goerdeler selbst sah den 30.01.1933 dabei keineswegs als Zäsur.

Ich möchte nun einige Ereignisse aufführen, welche sich in den folgenden Monaten unter Goerdelers Führung zugetragen haben.

Am 11.03.1933 beurlaubte Goerdeler auf Druck der Nationalsozialisten den Generalmusikdirektor der Oper, Gustav Brecher. Am 16.3.1933 folgte die Beurlaubung sozialdemokratischer Stadträte durch Goerdeler. Am 3.4.1933 übergaben Stadtverordnete der NSDAP Goerdeler eine Liste mit Sozialdemokraten, Jüdinnen und Juden in der Verwaltung. Bereits einen Tag später ergeht an zwei jüdische Mitarbeiter\*innen des Fürsorgeamtes und eine jüdische Beschäftigte des Gesundheitsamtes die Aufforderung zur Kündigung unter Androhung eines Kündigungsverfahrens. Alle Jüd\*innen auf der Liste gehen oder werden bis zum 8.4.1933 gekündigt. (vgl. Held S 294/295)

Ebenfalls im März gab es in Leipzig eine erste große Welle von Straßenumbenennungen unter anderem eine ursprünglich nach Felix Mendelsohn Bartholdy benannte Straße wurde dabei umbenannt. (Merken, das wird nachher noch wichtig)

Im Frühjahr 1933 appellierte Goerdeler an alle Stadträte und Stadtverordneten, sich hinter die Reichsregierung zu stellen.

Am 29.4.1933 setzte Goerdeler mit Hilfe der NSDAP einen Hauptausschuss für Leipzig ein. Die Einsetzung gemischter Ausschüsse am 10.5.1933 war ebenfalls nur mit Hilfe der NSDAP möglich. Diese Entscheidungen beschleunigten zwar städtische Entscheidungswege, machten die Stadtverordnetenversammlung aber endgültig zu einem reinen Durchwinkegremium und trugen so zur Entdemokratisierung Leipzigs bei. Die NSDAP nutzte dies, um den Parteienstaat in Leipzig endgültig abzuschaffen. Von April bis September 1933 wurden 1686 Städtische Mitarbeiter\*innen aufgrund politischer Gründe, hauptsächlich durch das Berufsbeamtengesetz entlassen. Sie wurden durch Angehörige der NSDAP und des Stahlhelms ersetzt. Am 29.4.1933 wurde Hitler zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. Ab 1933/1934 finanzierte die Stadt gezwungenermaßen auch SS-Wachmannschaften des KZ Sachsenhausen.

Es folgte 1934 und bereits ein halbes Jahr vor entsprechenden Gesetzen auf Reichebene, die Einführung eines Amtes für Rassenkunde und Erbgesundheitspflege in der Stadt Leipzig. Ebenfalls erstaunlich früh erfolgt im April 1935 ein Verbot für städtische Beschäftigte, jüdische Ärzte zu besuchen sowie Ende Juli ein Verbot für Jüdinnen und Juden, städtische Hallen- und Freibäder zu betreten. Letzteres nach Plauen als erst 2. sächsische Stadt. Leipzig war oft Vorreiter bei antijüdischen Maßnahmen welche von Goerdeler, wenn überhaupt, maximal noch sehr leise kritisiert wurden.

Am 5.9.1934 folgte Goerdelers 2. Ernennung zum Reichskommissar durch das NS-Regime und damit einhergehend eine direkte Verbindung zu Hitler. Im Frühjahr 1935 folgte dann die Auflösung des Stadtrates sowie eine 2. große Straßenumbenennungswelle welche sich hauptsächlich gegen jüdische Künstler\*innen richtete.

Auch wenn Goerdeler nicht für alle diese Geschehnisse persönlich zuständig war, passierten sie doch alle unter seiner Fürsorge für die Stadt und ohne, dass er eines der genannten Ereignisse offensichtlich als schlimm genug empfand, um zurückzutreten.

#### Rücktritt Goerdelers:

Bereits ab Frühjahr 1936 soll eine gewisse Amtsmüdigkeit Goerdelers erkennbar gewesen sein, trotzdem ließ er sich 1936 erneut zum Oberbürgermeister wählen, obwohl er bereits in Verhandlungen über einen Vorstandsposten bei der Krupp AG stand. Dieses Vorhaben scheiterte nur auf persönliche Einwände Hitlers hin.

Bereits im spätem Frühjahr 1936 nannte Goerdeler als einen eventuellen Anlass für einen Rücktritt den möglichen Abriss des Mendelssohndenkmals, obwohl er bei der Umbenennung der Mendelssohnstraße keinerlei Einwände hegte. Die NSDAP wusste wahrscheinlich genau, wie weit man gehen müsste, um Goerdeler zu einem Rücktritt zu bewegen.

Während einer Reise im November 1936 ließen die Nationalsozialisten das Denkmal abbauen, Goerdeler erklärte seinen Rücktritt und bat darum, bis 1.4.1937 aus dem Dienst der Stadt entlassen zu werden, führte die Amtsgeschäfte jedoch nur noch bis zum 31.12.1936.

Unter Goerdeler lief also noch die Planungen und ersten Schritte zur Eingebung des jüdischen Friedhofs im Johannistal.

#### Zum Stauffenberg-Attentat vom 20.7.1944 und der geplanten Einsetzung des Schattenkabinetts Beck/Goerdeler:

Die Ausführung zum Stauffenberg-Attentat soll hier eher kurzgehalten werden. Anzumerken ist jedoch, dass das Attentat eines von Generälen, Adligen und sonstigen Eliten, unter ihnen überzeugte und radikale Antisemiten und Kriegsverbrecher, welche aus den unterschiedlichsten Gründen handelten, war. Das Attentat war weder demokratisch noch sonderlich antifaschistisch motiviert. Ging es einigen Offizieren darum, die unvermeidbare Niederlage der Wehrmacht zu verhindern, handelten andere Verschwörer aus Angst um Besitz im Osten des Reiches oder generell aus Furcht vor der Roten Armee. Laut dem Historiker Dipper habe Goerdeler selbst, der das Attentat nicht direkt unterstützt hatte, wie andere Vertreter des bürgerlich-militärischen „Widerstands“ in erster Linie aus eigenem Machtinteresse gehandelt. Gegen die Radikalisierung der NS-Rassenpolitik war Goerdeler folglich aus Angst vor außenpolitischem Ansehensverlust. Der Gewissensfrage würde beim Attentat eine zu hohe Bedeutung beigemessen. (Fuchs S 115)

Auch festzuhalten ist, dass das Attentat in der Meinung der Deutschen nach dem Krieg keine große Rolle spielt. Ein überhöhtes Interesse wurde dem Attentat erst ab Mitte der 1950er aus politischen Gründen, vor allem der Abgrenzung zu Kommunismus und der DDR beigemessen.

#### Antisemitische Gedanken Goerdelers:

Goerdeler war an seinen Aussagen gemessen stets Antisemit und blieb dies auch bis zu

seiner Hinrichtung. Eine Fürsprache für Jüdinnen und Juden in Leipzig war immer nur da erkennbar, wo konkrete kommunale/wirtschaftliche Interessen bestanden (Held S 309). Goerdeler sah in antijüdischer Tradition die Taufe als Voraussetzung für Integration von Juden. Des Weiteren nannte Goerdeler in „Das Ziel“ die Auffassung „Dass das Jüdische Volk einer anderen Rasse angehört“ sei eine „Binsenweisheit“ (Held S 309).

Im Prinzip verfolgte Goerdeler das Ziel einer Rückkehr zur Vorkriegs-Judenpolitik, die die „friedliche Austreibung“ der Juden als Option bereitgehalten hatte (1939). In einem Regierungskonzept für die Nachkriegszeit war Goerdeler noch 1941 für die Ausbürgerung der deutschen Juden. (Fuchs S 117) Goerdeler verurteilte die Vernichtungspolitik zwar, tat dies aber zentral aus seiner empfundenen „Entehrung der Nation“ (vgl. Fuchs S 115). „Mit der von der NSDAP-Führung bis Anfang 1941 verfolgten Politik zur „Lösung der Judenfrage“ durch Auswanderung konnte sich Goerdeler Identifizieren“ (Zitat Held S. 309) Bis zu seinem Tod änderte sich seine Einstellung kaum, noch Ende 1944, also nach seiner Verhaftung schrieb Goerdeler in „Gedanken eines zum Tode Verurteilten“: „Wir dürfen nicht bemänteln wollen, was geschehen ist, müssen aber auch die große Schuld der Juden betonen, die in unser öffentliches Leben eingebrochen waren in Formen, die jeder gebotenen Zurückhaltung entbehrten.“ (aus Held S. 288 Zitiert aus ebd. 390) Er suchte die Schuld für den Völkermord also bei den Juden selbst. Auch kurz vor seinem Tod, im Januar 1945 degradierte Goerdeler die Juden weltweit zu einem Störfaktor und zu „Fremdbürgern“ in ihren jeweiligen Heimatländern. Zitat Goerdeler. „Ihr Juden aber, begreift auch, daß (sic) Ihr Fehler gemacht und Euch bei den Gastvölkern vielfach in den Vordergrund gerade dann gedrängt habt, wenn Ihr Euch besser bescheiden oder verständnisvoll zurückgehalten hättet.“

Es ist also wahrscheinlich erlaubt, zu sagen: Goerdeler war bis zu seinem Lebensende Antisemit, wenngleich er aus verschiedenen Gründen, welche selten etwas mit den Jüdinnen oder Juden zu tun hatten, gegen eine Vernichtungspolitik war.

#### Sachliche Begründung der Punkte des Antrages:

Allgemein sorgt die Aufzählung von Ereignissen unter Goerdelers Amtszeit in Leipzig und seine antisemitischen und antijüdischen Gedanken dafür, dass Goerdeler als zumindest Mitläufer im NSRegime meiner Meinung nach absolut ungeeignet für ein Denkmal in der Stadt Leipzig, schlimmer noch genau an dessen politischem Zentrum, geeignet ist. Zu dem fragwürdigen Prozess rund um Planung und Bau des Denkmals gerne auf Nachfrage mündlich bei der Sitzung mehr.

Zu 1. Die Umsetzung der geforderten Einordnung soll bestenfalls auf Schildern, Tafeln oder anderweitig beständigen und gut sichtbaren Trägermitteln erfolgen und so die Zeit bis zum Abbau des Denkmals überbrücken.

Zu 3. Eine Umbenennung des Goerdelerrings ist aus den oben genannten Punkten zu prüfen und möglichst schnell umzusetzen.

Weitere Erläuterungen und Ausführungen erfolgen mündlich.

#### Literatur

Von Hehl, Ulrich: Geschichte der Stadt Leipzig, Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Band 4, Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Leipzig, Leipziger Universitätsverlag, 2019

Held, Steffen: Carl Goerdeler in Leipzig – Antisemitismus und Kommunalverwaltung 1933-1936, in Diener, Dan (Hrsg.): Leipziger Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur, Leipzig, 2003, Seite 283-310

Fuchs, Kathrin: Die Denkmäler Jenny Holzers: ambivalente Konzepte für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, Erlangen-Nürnberg

Anlage/n

